

LEITANTRAG

für den 18. ordentlichen Landeskongress der GÖD NÖ

15. Juni 2021

Mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist der öffentliche Dienst mit seinen umfangreichen Aufgaben Garant für Stabilität und Kontinuität unseres Rechtsstaates. Zeitangepasste Reformen sind nötig, dürfen aber keinesfalls die verfassungsmäßigen bzw. gesetzlichen Aufgabenstellungen gefährden. Privatisierungen und Ausgliederungen an gewinnorientierte Unternehmen werden grundsätzlich abgelehnt, da sonst weder die Qualität, die Versorgungssicherheit, noch die Kostenwahrheit im Interesse der Bevölkerung und SteuerzahlerInnen gewährleistet ist.

Die GÖD-NÖ fordert daher weiterhin den Weg einer gelebten Sozialpartnerschaft bei allen Reformen **im Arbeits-, Dienst- und Besoldungsrecht, im Bildungs-, Pensions- und Sozialrecht und bei allen organisationsrelevanten Umstrukturierungen** beizubehalten. Nur durch eine gelebte Sozialpartnerschaft konnten in der Vergangenheit dienst- und besoldungsrechtliche bzw. sozialverträgliche Lösungen erreicht werden.

Wir fordern daher eine Fortsetzung des, auch Dank der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, funktionierenden, erfolgreichen Modells für unsere Republik Österreich.

Die wachsenden Anforderungen, mit der einhergehenden Verminderung der Ressourcen in vielen Bereichen, steigern den Druck auf die Kollegenschaft unverhältnismäßig. Die Erkrankungen im physischen und psychischen Bereich sind stark im Steigen.

Daher fordern wir eine entsprechende personelle, räumliche, dem Arbeits- und Dienstnehmerschutz entsprechende Ausstattung für ein gesundes und ausgeglichenes Arbeitsumfeld. Die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören umfassend weiterentwickelt und der Zeit angepasst.

Die Anhebung des Pensions- bzw. Ruhestandsalters konfrontiert alle Bediensteten mit einer längeren Lebensarbeitszeit. Deshalb fordern wir die Schaffung von geeigneten Übergangsmodellen wie z.B. Altersteilzeit, um den Übertritt in die Pension bzw. Ruhestand flexibler und sozial verträglicher zu gestalten.

Die zahlreichen Anträge der Fachgewerkschaften des öffentlichen Dienstes zum Landeskongress zeigen, dass es viel zu tun gibt.

Wir fordern die Dienstgeber auf, für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen, damit diese auch dem unermüdlichen Einsatz und den großartigen Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerecht werden.

COVID19 hat im abgelaufenen Jahr gezeigt, wie flexibel die öffentlich Bediensteten mit jeder Situation umgehen können und müssen. Dass dies auch im Sinne der Republik umgesetzt wurde, und dass Österreich so gut durch die Pandemie gekommen ist, liegt zu einem wesentlichen Teil an den Bediensteten des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Nur dank des öffentlichen Dienstes ist die öffentliche Sicherheit und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewährleistet und sichergestellt. Wir können stolz von uns behaupten, dass wir durch die großartige Tätigkeit unserer Bediensteten eines der modernsten und flexibelsten Länder der Welt sind. Dies soll durch entsprechende Arbeitsbedingungen auch in Zukunft sichergestellt sein.